

Credit Suisse vor Milliardenbusse

BANKEN sda. In einem Prozess um Milliarden schweren Anlegerbetrug durch einen US-Finanzdienstleister drohen der Credit Suisse Schadensersatzzahlungen von bis zu zwei Milliarden Dollar. Das ist das Ergebnis einer US-Gerichtsentscheidung vom Freitag. Der Bezirksrichter befand, dass die mitangeklagte Schweizer Grossbank für die Täuschungsvergehen der bereits vor gut zehn Jahren pleitegegangenen National Century Financial Enterprises komplett zur Verantwortung gezogen werden kann.

Dies sei dann der Fall, wenn die Geschworenen zu dem Schluss kommen sollten, dass National-Gründer Lance Poulsen und das Geldhaus die Verluste der klagenden National-Anleihegläubiger gemeinsam verursacht. In einer früheren Anhörung hatte der Richter laut Protokoll die Ansprüche der geschädigten Anleger auf fast zwei Milliarden Dollar beziffert. Für die Kläger ist das Urteil ein Etappenfolg. Zu ihnen zählen neben der Allianz-Tochter Pimco der US-Bundesstaat Arizona, Alliance Bernstein Holding, Lloyds TSB Bank sowie MetLife.

Showdown am 1. April 2013

Die Credit Suisse und Poulsen seien die letzten verbliebenen Angeklagten in diesem sehr schwerwiegenden Verfahren. «Wir sind zuversichtlich, dass sich unsere Mandanten durchsetzen werden», sagte Anwältin Kathy Patrick, die einige der Anleihegläubiger vertritt. Ein Credit-Suisse-Sprecher lehnte eine Stellungnahme ab.

Ein Prozesstermin ist für den 1. April angesetzt. Der 69-jährige Poulsen verbüsst eine 30-jährige Haftstrafe und gilt als insolvent. Die Credit Suisse hatte Schuldtitel von National Century an den Kapitalmarkt gebracht, mit denen Anleger um Milliarden geprellt wurden.

Schaden von 2,9 Milliarden Dollar

Die Anleihegläubiger werfen der Bank vor, sie hätte von dem Betrug wissen können und habe in den Emissionsdokumenten nicht auf die Geschäftspraxis von National Century hingewiesen. Das Unternehmen bot Finanzierungsleistungen für die Gesundheitsbranche an und ging im November 2002 in die Pleite. Das US-Justizministerium warf dem Management vor, bei Investoren eingesammelte Gelder missbraucht und sich selbst bereichert zu haben. Der Schaden wurde auf 2,9 Milliarden Dollar geschätzt.

Achtungserfolg für die Schweiz

LOBBYING Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wirbt am Weltwirtschaftsforum für die Positionen der Schweiz. Einen Achtungserfolg erzielt sie bezüglich Pauschalbesteuerung.

URS FITZE, DAVOS
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Eveline Widmer-Schlumpf gibt sich bescheiden. Sie sei keine Politikerin, welche die grosse Bühne suche, um im Schaufenster der Öffentlichkeit zu stehen, sagte die Bundesrätin an einer Pressekonferenz am Samstag in Davos. Sie arbeite lieber im Stillen, hinter den Kulissen, um dann zum gegebenen Zeitpunkt zu informieren.

Einfluss im Währungsfonds behalten

So ähnlich muss man sich wohl auch ihre Arbeit am Weltwirtschaftsforum vorstellen: ein paar organisierte und mehrere Ad-hoc-Gespräche mit Vertretern verschiedener Staaten, internationaler Organisationen und aus der Wirtschaft. Inhaltlich drehten sich die Diskussionen um aktuelle Probleme, etwa um die Stimmenanteile beim Internationalen Währungsfonds (IWF).

Der Schweiz droht eine Zurückstufung, vor allem, weil die unterrepräsentierten Schwellenländer mehr Einfluss einfordern, «der Kuchen aber deshalb nicht grösser wird», sagte Widmer-Schlumpf. Sie habe gegenüber IWF-Direktorin Christine Lagarde die Position der Schweiz erläutert und darauf hingewiesen, dass neben der reinen Wirtschaftskraft auch Aspekte wie freiwillige Leistungen eines Landes eine Rolle bei der Berechnung der Stimmenanteile spielen müsste. Sie habe aber auch Verständnis für die schwierige Rolle Lagardes, die wohl auf einen Kompromiss hinauslaufe.

Paris bleibt in der Sache hart

Doch auch bilaterale Verhandlungen mit einzelnen wichtigen Partnerländern spielten in Davos eine Rolle. Am Beispiel des kurz vor Verhandlungsschluss stehenden Erbschaftssteuerabkommens mit Frankreich erläuterte Widmer-Schlumpf die Mechanismen des Gebens und Nehmens auf dem internationalen politischen Parkett, sie zeigte Verständnis für die französische Haltung: «Wir können von Frankreich nicht verlangen, auf Erbschaftssteuern zu verzichten, nur, weil wir es tun. Die Vermeidung einer



Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (links) lobbyierte gestern bei der Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, für die Positionen der Schweiz.
Keystone/Laurent Gillieron

Doppelbesteuerung ist sinnvoll, einen Steuerverzicht können wir aber mit einem anderen Staat nicht durchsetzen», sagte die Bundesrätin.

Immerhin habe es eine Kompromisslösung gegeben, die der Schweiz mehr Vorteile bringe als in dem analogen Vertrag mit Deutschland. Auch habe der französische Finanzminister Pierre Moscovici einigiges Verständnis für die Schweiz gezeigt im Streit um die Pauschalbesteuerung. Das Vorgehen Frankreichs ohne vorherige Konsultation der Schweiz sei diskutabel gewesen. Viel mehr als einige technische Retuschen bei der Umsetzung sind aber nicht mehr drin. In der Sache bleibt Frankreich hart.

Mario Monti ist zurzeit kein Partner

Mit Italien sind die weiteren Verhandlungen um ein Steuerabkommen derzeit wegen der anstehenden Wahlen blockiert. Ein zurückgetretener italienischer Regierungschef dürfe keine Abkommen mehr abschliessen, sagt Widmer-Schlumpf. Mario Monti wolle aber ein solches Steuerabkommen, wenn er nach den Wahlen im Februar wieder Regierungschef werde.

Schweiz und Burma wollen die Wirtschaftsbeziehungen stärken

VEREINBARUNG sda. Die Schweiz baut die wirtschaftlichen Beziehungen mit Burma aus. Bundesrat Johann Schneider-Ammann und der burmesische Vizepräsident U Nyan Tun unterzeichneten am Rande des World Economic Forum (WEF) in Davos eine entsprechende Vereinbarung.

Damit hätten die Schweiz und Burma eine Grundlage geschaffen, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren, teilte das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) gestern mit. Mit der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding werde ein bilateraler Dialog über Wirtschafts-, Handels-, Investitions- und Arbeitsfragen lanciert.

Die erste Gesprächsrunde dürfte laut WBF anlässlich der für Ende 2013

geplanten Wirtschaftsmission von Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch in Burma stattfinden. Die Schweizer Wirtschaft sei vom «Potenzial eines sich politisch und wirtschaftlich weiter öffnenden» Burmas überzeugt, schreibt das WBF.

Burma war seit 1962 eine Militärdiktatur. Die Regierung von Präsident Thein Sein hat seit ihrem Amtsantritt im März 2011 nach Jahrzehnten der Militärherrschaft eine demokratische Öffnung des Landes eingeleitet. Dazu gehörte etwa die Freilassung zahlreicher politischer Gefangener. Aussenminister Didier Burkhalter hatte dem Land Ende 2012 einen Besuch abgestattet und in Rangung die Schweizer Botschaft eröffnet. Es war der erste offizielle Besuch eines Bundesrates in Burma.

Unwissen der alten UBS-Garde und Vasellas Loyalitätsmillionen

Man würde das Thema alte UBS gern ad acta legen – aber es ist nicht möglich. Die Kulturfrage ist nicht gelöst, die Vorfälle sind nicht aufgearbeitet, und es gibt die Grundsatzfrage: Wie kann es sein, dass Top-Manager, die angeblich dem Gebot der Meritokratie folgend an die Spitze gelangten, nicht nur von allem sonst nichts wussten, und Warnungen des «Wall Street Journal» ignorierten, sondern teilweise nichts wussten über den Libor – etwas, das doch jeder Hypothekarschuldner, der eine mit dem Libor verknüpfte Schuld einget, verstehen muss?

«Meritokratie» nannte Marcel Ospel sein zentrales Führungsprinzip. «Was zählt, ist Rendite und Leistung: Je-



der hat eine Chance, beruflich aufzusteigen, unabhängig von Alter und Herkunft; so wurde das Führungsprinzip Meritokratie zusammengefasst in einem Porträt unter dem Titel: «Strategie, Macher, Pokerface – Marcel Ospel». Das war im Jahr 2000. Im gleichen Jahr sagte er: «Ich besetze Posten mit Leuten, die auf ihrem Feld sehr viel besser sind als ich.»

Es ist viel Häme über den Ex-Konzernchef der UBS Marcel Rohner hereingebrochen nach seinem hilflosen und unprofessionellen Auftritt zur Libor-Affäre vor einem Ausschuss des britischen Parlaments, wo er unter anderem daran erinnert werden musste, dass er auch einmal über den Libor referiert hatte.

«Warum haben Sie an einer Investorenkonferenz Ende 2007 ausgerechnet den Bereich «Structured Libor» als Wachstumsbereich mit

extrem hoher Profitabilität angepriesen?», will ein Kommissionsmitglied von ihm erfahren. Herr Rohner müsste dies eigentlich wissen, kann es aber nicht sagen.

AUSSICHTEN

Er hat das Beste getan, das er hat tun können («I'd say I did the best that I could»). Rohner war Chef der Division Wealth Management der UBS, als sich die USA-Geschichten ereigneten, die letztlich dazu geführt haben, dass das Bankgeheimnis definitiv zum Thema wurde. Auch dort, so darf man wohl annehmen, hat er von allem nichts gewusst: keine Umsatzziele vorgegeben, keine Anreizsysteme mitgestaltet und gebilligt, keinen Einfluss auf Beförderungen genommen – nichts.

Er hat mutmasslich gegenüber der Finanzmarktaufsicht eine Ehrenerklärung abgeben dürfen des Inhalts, dass er von diesen US-Geschichten der UBS gar nichts gewusst hat. Die Finma hat nämlich im Fall UBS von den ehemaligen Chefs der Vermögensverwaltung, den CEO und den Verwaltungsratspräsidenten der fraglichen Periode 2001–2008 «eine schriftliche Erklärung, dass sie keine Kenntnisse von den nach Schweizer Recht relevanten Pflichtverletzungen gehabt haben» verlangt.

Das Instrument der Ehrenerklärung ist in der Finanzmarktgesetzgebung nirgends vorgesehen. Man hat damals zu wenig kritisch danach gefragt, wie so diese Ausweichmöglichkeit von der Aufsicht überhaupt angeboten wurde.

Ein Nachdenken über Antworten von Marcel Ospel in einem Porträt im «Tages-Anzeiger-Magazin» (2000) ist der Mühe wert: Auf die Frage, wie Ospel einem Bauarbeiter, der an seinem Haus mitwirke (das Haus wurde in Basel als Projekt unter einem Deck-

«Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sichs gänzlich ungeniert.»

namen erstellt) erklären würde, dass seine Arbeit so viel weniger wert sei als die seinige: «Ich könnte dem Mann sagen, dass meine Arbeit und die damit verbundene Verantwortung nur ganz wenige Leute machen können, und das treibt den Preis hoch. Aber ich weiss nicht, ob er das begreift.» Auf die weitere Frage: «Was würde er denn begreifen?» antwortete der selten begrabene Manager: «Ich könnte ihm antworten: Es kommt Ihnen ungerecht vor, und wahrscheinlich ist es auch nicht ganz gerecht. Aber die Welt ist

nun einmal nicht gerecht, oder können Sie mich vom Gegenteil überzeugen?»

Wo war eigentlich der Verwaltungsrat der UBS in dieser Zeit? Auch von allem nichts gewusst? Schon vor über 70 Jahren schrieb Peter Drucker über diese unkontrollierte und unverantwortliche Macht.

Es ist immer noch so. Der Unterschied ist der, dass selbst heute vor der Abstimmung über die Minder-Initiative ein Wirtschaftsführer namens Vasella sich offiziell Zahlungsflüsse sichert, die zwar legal sein mögen, aber vollkommen illegitim. Da hat doch einer fast sein ganzes Berufsleben in der Novartis gearbeitet, unglaublich hohe Summen bezogen und ist auch Aktionär (nicht als Kleinsparer). Und nun lässt er sich dafür bezahlen, dass er nach Beendigung seiner Karriere im Konzern nicht zur Konkurrenz geht. Das ist derart unangemessen, dass einem fast die Worte fehlen. Drum Wilhelm Busch, der recht hatte: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sichs gänzlich ungeniert. Das wird die Abstimmung beeinflussen.

MONIKA ROTH

HINWEIS

Monika Roth (60) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiterin am Institut für Finanzdienstleistungen Zug.